

6. Bezirk – Mariahilf

Angenommene Anträge aus den
Bezirksvertretungssitzungen
im ersten Halbjahr 2025

Verwertung alter Fahrräder

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf, der Mariahilfer Volkspartei sowie von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20.03.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständige Dienststelle der Stadt Wien MA48 zu ersuchen, im öffentlichen Raum Mariahilfs abgelagerte, verlassene Fahrräder einzusammeln und lokalen Initiativen zur Verfügung zu stellen.

Begründung

Viele Fahrräder werden im öffentlichen Raum abgestellt und aufgegeben, blockieren Abstellflächen und verfallen zunehmend. Gleichzeitig gibt es in Mariahilf ein wachsendes Interesse an nachhaltiger Mobilität und Reparaturinitiativen.

Durch das Einsammeln und Wiederverwerten dieser Fahrräder im Bezirk könnten:

- Reparatur-Workshops im öffentlichen Raum oder in Parkanlagen angeboten werden.
- Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung gefördert werden, indem brauchbare Teile wiederverwendet werden.
- Gemeinschaftsaktionen zur Fahrradpflege und -wartung gestärkt werden.
- in Zusammenarbeit mit der MA 48 Identifikation und Einsammlung verlassener Fahrräder.
<https://www.wien.gv.at/umwelt/ma48/fuhrpark/fahrradwracks.html>
- Kooperation mit lokalen Fahrradwerkstätten und ehrenamtlichen Initiativen.
- Organisation von „Repair-Events“ in Parks oder öffentlichen Plätzen des Bezirks.

Einhaltung Hausordnung – respektvolles Miteinander

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf, der Mariahilfer Volkspartei sowie von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20.03.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, den Herrn Bürgermeister der Stadt Wien Dr. Michael Ludwig zu ersuchen, das *Maßnahmenpaket für mehr Sicherheit und Ordnung in Wien* insbesondere in Mariahilf umgehend und konsequent umzusetzen. Ziel ist es, konkrete und messbare Verbesserungen bei der Sicherheit im öffentlichen Raum zu erreichen, insbesondere durch verstärkte Kontrollen, eine sichtbare Präsenz der Ordnungsdienste und gezielte Maßnahmen zur Konfliktprävention. Dadurch soll nicht nur die objektive Sicherheitslage verbessert, sondern auch das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung nachhaltig gestärkt werden.

Begründung

Das im Mariahilfer Fritz-Imhoff-Park vorgestellte Maßnahmenpaket für mehr Sicherheit soll in Mariahilf umfassend zur Anwendung kommen. Es ist darauf ausgerichtet, die Regeln des guten Miteinander mit Respekt, Rücksichtnahme und entschiedenem Einschreiten durchzusetzen. Durch die konsequente Umsetzung werden Anrainer*innenrechte und sozialer Zusammenhalt weiterhin gewährleistet, Konflikte vermieden und die Lebensqualität aller Menschen in Mariahilf erhöht.

Schwerpunkt-Maßnahmen zur Einhaltung der Wiener Hausordnung sollen in Mariahilf auch künftig in enger Zusammenarbeit von Bezirk, Stadt, Polizei und aller relevanten Stellen, wie z.B. der Gruppe für Sofortmaßnahmen, fortgesetzt werden.

Der Bezirk Mariahilf und die Stadt Wien haben bereits zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Zusammenlebens im Bezirk ergriffen. Diese laufenden Bemühungen sollen nun verstärkt und den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden. Die Erkenntnisse daraus sollen evaluiert und ein für Mariahilf passendes Sicherheitspaket weiterentwickelt und umgesetzt werden.



Intervalle und Betriebszeiten Linie 57A

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf sowie von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20. März 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen den zuständigen Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass die Intervalle der Linie 57A verdichtet bzw. die Betriebszeiten verlängert werden.

Begründung

Die Attraktivierung der öffentlichen Verkehrsmittel sollte ein Schwerpunkt der zukünftigen Stadtregierung sein. Mit der Neugestaltung der Gumpendorfer Straße haben wir die Chance, auch die Intervalle und Betriebszeiten der Linie 57A zu verbessern. Das Mariahilfer Bezirksparlament hat schon einmal einen diesbezüglichen Antrag an die Wiener Linien gestellt; leider wurde dieser abschlägig beschieden.

Unser Vorschlag:

MO-FR: 5:00-6:00 Uhr alle 10min, 6:00-8.30 Uhr alle 5min, 8:30-12:00 Uhr alle 7,5min, 12:00-18:00 Uhr alle 6min, 18:00-19:30 Uhr alle 7,5min, 19:30-22:30 Uhr alle 10min, 22:30-0:30 Uhr alle 15min

Zusätzlich soll von MO-SO der letzte Bus ab Burgring um 0:30 Uhr fahren (das wäre eine Verlängerung der Betriebszeit um eine Stunde).

Gerhard Hammerer
Josef Zeisel
Joachim Thaler
Elisabeth Kattinger

Aufzuganlage Corneliusgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf; von der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf sowie von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20. März 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke und die zuständige Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität zu ersuchen, die Finanzierung des Projekts „Aufzuganlage im Bereich der Corneliusgasse / Corneliusstiege“ sicherzustellen.

Begründung

Seit dem Jahr 2015 gibt es den Wunsch der Anrainer/innen der Corneliusgasse zur Installierung eines Aufzugs im Bereich der Corneliusstiege. Mehrere Allparteianträge im Mariahilfer Bezirksparlament haben diese Forderung untermauert, die technische Machbarkeit des Projekts wurde bestätigt.

Da der Bezirk Mariahilf dieses Projekt aufgrund seiner finanziellen Ressourcen nicht stemmen kann, wurde die Stadt Wien um Unterstützung ersucht. Stadt Wien und Bezirk mögen daher dieses für Mariahilf so wichtige Infrastrukturprojekt in der kommenden Legislaturperiode gemeinsam umsetzen.

Gerhard Hammerer
Josef Zeisel
Joachim Thaler
Elisabeth Kattinger

Ausbau von Sport- und Freizeitflächen in Mariahilf

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von der SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20.03.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, den zuständigen Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport Peter Hacker zu ersuchen, sich für die Erweiterung und Verbesserung der Sport- und Freizeitflächen im Bezirk einzusetzen und die bereits vorliegenden Überlegungen für die Nachnutzung der U-Bahnbau-Überplattung Pilgramgasse, hierbei zu berücksichtigen.

Begründung

Als dicht bebauter, innenstädtischer Bezirk, verfügt Mariahilf über zu wenige Flächen, um den wachsenden Anforderungen der Bevölkerung gerecht zu werden. Dieser Antrag will die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner durch den Ausbau und die Verbesserung von Sport- und Freizeitflächen erhöhen.

In vorangegangenen Sitzungen der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission, sowie der BV-Sitzung im Juni 2024 wurde bereits eine Option auf ein diesbezügliches Nachnutzungskonzept der U-Bahnbau-Überplattung Pilgramgasse erörtert und das Anliegen mehrheitlich beschlossen. Eine Übergabe der Fläche an die MA 69 und eine Ausarbeitung eines Gestaltungs- und Nutzungskonzepts, mit Beteiligung der Bürger*innenschaft und ansässiger Sportvereine und Freizeitinitiativen, wurde hier als möglicher Lösungsweg skizziert, den es nun einzuleiten gilt. Folgende umfassendere Maßnahmen sollen im Zuge des Prozesses evaluiert werden:

- Identifikation und Nutzung ungenutzter Flächen im Bezirk zur Schaffung neuer Freizeit- und Sportbereiche.
- Überprüfung der Nutzung der Überplattungen des Wienflusses im Zuge des U-Bahn Baus, um zusätzliche Sport- und Freizeiteinrichtungen zu schaffen.
- In Kooperation mit Mariahilfer Sportvereinen die Organisation von regelmäßigen Sport- und Freizeitveranstaltungen, um die Bezirksbevölkerung zur aktiven Teilnahme zu motivieren und das Gemeinschaftsgefühl zu stärken.
- Bestehende Örtlichkeiten auf Nutzer*innenfreundlichkeit überprüfen und eventuell Verbesserungen vorschlagen

Garagenprojekte in Mariahilf

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der SPÖ Mariahilf sowie von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20. März 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität zu ersuchen, mögliche Standorte für Garagenprojekte in Mariahilf zu prüfen.

Begründung

Parkraum ist in Mariahilf ein knappes Gut, in der zu Ende gehenden Legislaturperiode ist die Zahl der Parkplätze an der Oberfläche im Bezirk laufend reduziert worden. Dem Wunsch der Bevölkerung entsprechend hat das Mariahilfer Bezirksparlament einen Antrag zur Prüfung von Standorten für Garagenprojekte angenommen, leider wurde er abschlägig beschieden.

Wenn im Zuge der Neugestaltung der Gumpendorfer Straße nun auch die Wegnahme beider Parkspuren zur Diskussion steht und da im Bereich des Naschmarkts definitiv Parkplätze wegfallen, braucht es Alternativen z.B. durch Schaffung zusätzlicher Garagenplätze im Bezirk.

Gerhard Hammerer
Josef Zeisel
Elisabeth Kattinger

Citybus

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf sowie von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20. März 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke zu ersuchen, die Wiener Linien mit der Ausarbeitung eines erweiterten Citybuskonzepts zu beauftragen, das eine neue Route vom stadteinwärts gelegenen Teil Mariahilfs (Mariahilfer Straße) in den ersten Bezirk vorsieht.

Begründung

Die Attraktivierung der öffentlichen Verkehrsmittel sollte ein Schwerpunkt der zukünftigen Stadtregierung sein. Die ehemalige Buslinie 2B wurde im Jahr 2014 - nach Änderung und Teilung in 2A und 2B im Jahr 2013 - seitens der Wiener Linien aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt. Seitdem gibt es den Wunsch der Mariahilfer Bevölkerung, diese Linie wieder einzuführen, da es aktuell aus dem 1. Bezirk keine Möglichkeit gibt, den unteren Bereich der Mariahilfer Straße mit Öffis zu erreichen.

Der Ausbau des Citybusnetzes mit den Eckpunkten Mariahilfer Straße und Karmelitermarkt war bereits im Regierungsübereinkommen der aktuellen Stadtregierung enthalten; Schritte in Richtung einer Umsetzung erfolgten in den letzten Jahren leider nicht. Auch zwei Allparteianträge des Mariahilfer Bezirksparlaments wurden seitens der Wiener Linien und des zuständigen Ressorts abschlägig beschieden. Mit der Ausarbeitung eines neuen, erweiterten Citybuskonzepts soll nun dem jahrelangen Wunsch der Bevölkerung nach Wiedereinführung einer Öffi-Verbindung entsprochen werden.

Gerhard Hammerer
Joachim Thaler
Elisabeth Kattinger

Entlastung des Jedmayer-Grätzels

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf sowie von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20. März 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport zu ersuchen, durch eine bessere Aufteilung der Agenden der Suchthilfe Wien das Grätzel rund um den Jedmayer in Mariahilf zu entlasten.

Begründung

Die sozialmedizinische Drogenberatungsstelle Jedmayer am Gumpendorfer Gürtel 8 ist mit den Bereichen Tageszentrum, Notschlafstelle, Beratung, Betreuung, Psychotherapie und betreuten Wohnplätzen seit dem Jahr 2012 die größte und de facto einzige Einrichtung für Drogenkranke für Wien und das Wiener Umland.

Laut dem aktuellen Tätigkeitsbericht der Suchthilfe Wien, verzeichnete der Jedmayer im Jahr 2023 156.257 Spritzentauschkontakte. Die zweite Einrichtung „Change“ am Alsergrund kam demgegenüber nur auf 5.358 (!) Spritzentauschkontakte. Die de facto Konzentration auf eine Einrichtung hat massive negative Auswirkungen auf das Grätzel rund um den Jedmayer und die U6-Station Gumpendorfer Straße.

Eine einzige Einrichtung kann nicht die Drogenprobleme einer 2-Millionen-Metropole schultern. Im Namen der Anrainerinnen und Anrainer werden die Stadtregierung und namentlich der zuständige Stadtrat Peter Hacker ersucht, eine Aufteilung der Agenden auf mehrere Standorte in Wien zu prüfen. Nur so kann das Sicherheitsgefühl für die unmittelbar Betroffenen in Mariahilf erhöht und das Grätzel insgesamt entlastet werden.

Gerhard Hammerer
Joachim Thaler
Elisabeth Kattinger

Öffentliche Toilette Barnabitingasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf sowie von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20. März 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal und die zuständige Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität zu ersuchen, die Aufstellung einer öffentlichen Toilette im Bereich der Barnabitingasse zu prüfen.

Begründung

Die Forderung nach einer öffentlichen Toilette im Bereich Barnabitingasse / Mariahilfer Straße im Umfeld des Betreuungszentrums für Obdachlose der Caritas wurde seitens der Anrainerinnen und Anrainer sowohl bei den Anrainerversammlungen im Jahr 2024 als auch medial in der Mariahilfer Bezirkszeitung (Ausgabe 12. März 2025) artikuliert. Laut Bezirkszeitung sei eine Umsetzung nicht möglich, eine nähere Begründung wird nicht genannt. Die Bezirksvertretung ersucht die Fachabteilungen um nochmalige Prüfung und Übermittlung der Ergebnisse.

Gerhard Hammerer
Joachim Thaler
Elisabeth Kattinger

Sicherheitsdienst Wiener Linien

U6 Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf sowie von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20. März 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass ein permanenter Sicherheitsdienst in der U6-Station Gumpendorfer Straße eingerichtet wird.

Begründung

Laut einer Anfragebeantwortung an die ÖVP Mariahilf vom Dezember 2023 waren die Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes im ersten Halbjahr 2023 zwischen 10 und 50 Stunden pro Monat in der U6-Station Gumpendorfer Straße im Einsatz. Diese Einsatzzeiten stehen leider in keinem Verhältnis zur Bedeutung der Station im unmittelbaren Umfeld der Drogenberatungseinrichtung Jedmayer sowie zu den dort auftretenden Problemen. Laut Bürgermeister Dr. Michael Ludwig wird die Anzahl der Sicherheitsdienstmitarbeiter in den Wiener Linien in der kommenden Periode deutlich aufgestockt. Sowohl aus Anrainersicht als auch aus Sicht der Öffi-Benutzer würde ein permanenter Sicherheitsdienst – zumindest an Werktagen – das subjektive Sicherheitsgefühl deutlich verbessern.

Gerhard Hammerer
Elisabeth Kattinger



Veröffentlichung der Pläne für die Oberflächengestaltung des Parks beim Naschmarkt

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20.03.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige amtsf. Stadträtin Ulli Sima zu ersuchen, die Veröffentlichung der aktuellen Pläne für die Oberflächengestaltung des Parks beim Naschmarkt zu veranlassen.

Begründung

An diesem Projekt besteht großes öffentliches Interesse und es ist davon auszugehen, dass im Zuge der Ausführungsplanung noch Änderungen am bekannten Wettbewerbsprojekt stattfanden.

Konkret wurde z.B. von uns am 14.12.2023 ein Antrag an die Bezirksvertretung eingebracht, im Planungsgebiet eine adäquate Weiterführung der Radwegroute Wiental einzuarbeiten, welche im Wettbewerbsprojekt nicht gegeben war. Dies wurde damals von der MA 42 mit dem Hinweis beantwortet, dass dies in die Ausführungspläne einfließen werde. Ob, und wenn ja, wie, das nun erfolgt ist, ist nicht bekannt.

Friedrich Priesner



Wegweiser Krankenhaus Barmherzige Schwestern

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20.03.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 19) zu ersuchen, Hinweiszeichen (eventuell inkl. Entfernungsangabe) zum Krankenhaus Barmherzige Schwestern an einer sinnvollen Stelle am Christian-Broda-Platz oder am Beginn der Stumpergasse (Ecke Mariahilfer Straße) und an deren Ende (Ecke Gumpendorfer Straße) anzubringen.

Begründung

Wegweiser helfen Besucher*innen des Krankenhauses, dieses leichter zu finden und sich besser zu orientieren.

Sabine Pfeifer

Mariahilfer Jahresthema 2025 für Kunst und Kultur „unten/oben“

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von der SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12.12.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, den Herrn Bezirksvorsteher Markus Rumelhart zu ersuchen, die Kreativen und Kunst- und Kulturschaffenden des Bezirks für das Jahr 2025, in Zusammenarbeit mit der Kulturkommission, zum Thema „unten/oben“ einzuladen unter diesem Jahresthema kulturelle Schwerpunkte zu setzen.

Begründung

Der Dualismus unten/oben taucht seit Jahrhunderten in der Kunst auf. Paradigmatisch dafür kann man Nestroys „Zu ebener Erd´ und im ersten Stock“ anführen.

Der Bezirk Mariahilf lädt die Kreativen des Bezirks in regelmäßigen Abständen zu einem Kunst- und Kulturthema ein. Das Kunst- und Kulturthema ist eine mögliche Projektionsfläche für die Fantasie und Kreativität. Für das Jahr 2025 soll es „unten/oben“ lauten, denn ohne unten gibt es kein oben. Ohne oben gibt es kein unten.



Millergasse im Bereich Christian-Broda-Platz als Wohnstraße

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12.12.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständige Stelle des Magistrats der Stadt Wien (MA 46) zu ersuchen, geeignete Maßnahmen (insbesondere Ausweisung als Wohnstraße) zur Erreichung einer Geschwindigkeitsreduktion im Abschnitt der Millergasse zwischen Mariahilfer Straße und Fügergasse zu prüfen, der derzeit mit „allgemeines Fahrverbot ausgenommen Radfahrer*innen, Zufahrt gestattet“ beschildert ist.

Begründung

Die Millergasse quert im genannten Bereich den Christian-Broda-Platz. Die Möglichkeit, die Millergasse jederzeit gefahrlos und ungehindert queren zu können, ist im Sinne einer hohen Aufenthaltsqualität am Christian-Broda-Platz höchst wünschenswert. Außerdem wird diese Möglichkeit von den Passant*innen erwartet, weil aufgrund der gleichartigen Pflasterung und des nur minimalen Höhenunterschieds die Fahrbahn der Millergasse als Teil des Platzes in der Art einer Fußgänger*innenzone, Begegnungszone oder Wohnstraße wahrgenommen wird. Die Beschilderung als allgemeines Fahrverbot bewirkt jedoch, dass die vom Fahrverbot ausgenommenen Verkehrsteilnehmer*innen (Radfahrer*innen und zu- und abfahrende Kfz) bis zu 30 km/h schnell fahren dürfen und abseits des Schutzweges auch Vorrang gegenüber den Fußgänger*innen haben. Dies widerspricht sowohl der Verkehrssicherheit als auch dem Ziel einer hohen Aufenthaltsqualität am Christian-Broda-Platz.

Nach einer Ausweisung als Wohnstraße würden dieselben Einschränkungen wie bisher gelten (Durchfahrt für Kfz unzulässig), aber die zulässige Geschwindigkeit würde auf Schritttempo reduziert und Fußgänger*innen wäre jederzeit das ungehinderte und gefahrlose Queren der Fahrbahn zu ermöglichen.

Harald Buschbacher

Maßnahmen-Konzept Jedmayer-Grätzl

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf, der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum und KPÖ-LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12.06.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, den Herrn Bürgermeister der Stadt Wien Dr. Michael Ludwig zu ersuchen, die Evaluierung der gesetzten Schwerpunktmaßnahmen der letzten Monate rund um das Tageszentrum Jedmayer zu veranlassen und daraus resultierend konkrete Maßnahmen unter der Leitung der Gruppe für Sofortmaßnahmen, in Zusammenarbeit mit allen relevanten Partner*innen (Polizei, Suchthilfe, Wr. Linien, Bezirk) umzusetzen. Darüber hinaus soll ein lösungsorientierter Mediationsprozess aller relevanten Stakeholder ausgearbeitet werden.

Begründung

Die Schwerpunkt-Aktionen rund um die Suchthilfe-Einrichtung Jedmayer konnten ausgeweitet werden und mit Sofortmaßnahmen, Unterstützung für die betroffene Anrainer*innenschaft, sowie deren Sicherheitsempfinden geboten werden. Eine Neubewertung der Maßnahmen im Zuge eines zielgerichteten Gesamtkonzepts, das auch einen Beteiligungs- und Mediationsprozess aller relevanten Stellen und Stakeholder beinhaltet, soll die konsequente Umsetzung der Anrainer*innenrechte und der soziale Zusammenhalt weiterhin gewährleistet, Konflikte vermieden und die Lebensqualität aller Menschen in diesem Grätzl erhöht werden.

Attraktivierung von Grätzln in Folge des U-Bahn Baus

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf und von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12.06.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständige Stadträtin für Stadtplanung, Mobilität und Stadtwerke, Mag.^a Ulli Sima zu ersuchen, die bauliche Wiederherstellung und klimafitte Gestaltung der Oberfläche nach dem U-Bahnausbau, sowie eine klimafitte Attraktivierung der jeweils betroffenen Grätzln und Straßenzüge, in Zusammenarbeit mit dem Bezirk und unter Berücksichtigung der vorhandenen Anliegen oder Projekte, zeitgerecht zu prüfen und daraus konkrete Gestaltungskonzepte, unter Einbeziehung der direkt betroffenen Anrainer*innenschaft zu entwickeln und diese mit der dafür notwendigen Budget- und Planungssicherheit auszustatten und umzusetzen.

Begründung

Im Zuge des U-Bahn Ausbaus werden beispielsweise die Pilgrambrücke, Hofmühlgasse, Magdalenenstraße bzw. Kaunitzgasse und andere Grätzln bzw. Straßenzüge im Bezirk beansprucht. Die Intention dieses Antrages ist es für die Zeit nach der Beendigung der U-Bahn Baustellen, eine Neubewertung und Anpassung an das Nutzungsverhalten und den dafür notwendigen Platzbedarf, gemäßige Umgestaltung, unter Rücksichtnahme auf Anrainer*innen-Parkplätze, Einfahrten, Lieferantenzonen und Schanigärten, zu veranlassen.

Wie im aktuellen Regierungsprogramm der Stadt Wien festgehalten wurde, soll auf eine klimafitte Verbesserung von Oberflächen gesetzt werden. Um die Klimaresilienz Mariahilfs weiter zu erhöhen, sollen bei der Wiederherstellung der Oberfläche nach Großbaustellen, wie etwa beim U-Bahnausbau, oder infrastrukturellen Verbesserungen und Sanierungsarbeiten diese klimafit gemacht werden. Damit soll die Aufenthaltsqualität erhöht, urbane Hitzeinseln reduziert, das Mikroklima verbessert werden und für sichere, komfortable und umweltfreundliche Mobilität gesorgt sein.

Attraktivierung von Grätzln in Folge des Fernwärme-Ausbaus „Raus aus Gas“

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf und von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12.06.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständige Stadträtin für Stadtplanung, Mobilität und Stadtwerke, Mag.^a Ulli Sima zu ersuchen, die bauliche Wiederherstellung und klimafitte Gestaltung der Oberfläche nach dem geplanten Fernwärme-Ausbau, zeitgerecht zu prüfen und diese mit der dafür notwendigen Budget- und Planungssicherheit auszustatten und umzusetzen.

Eine Anpassung auf die hohe Frequenz der Fußgänger*innen-Ströme soll hergestellt werden. Es soll unter Einbeziehung der direkt betroffenen Anrainer*innenschaft eine zeitgemäße, klimafitte und einheitliche Gestaltung der Straßenabschnitte erzielt werden. Zudem soll eine Verkehrsberuhigung, unter Bedacht etwaiger Umleitungssysteme im Zuge der Umgestaltung der Gumpendorfer Straße, überprüft werden.

Begründung

Im Zuge der Initiative „Raus aus Gas“ wird der Fernwärme-Ausbau bezirkswweit durchgeführt. Die Intention dieses Antrages ist es in Vorbereitung dieser Maßnahmen eine Überprüfung, Neubewertung und Anpassung an das Nutzungsverhalten und den dafür notwendigen Platzbedarf, gemäßige Umgestaltung, unter Rücksichtnahme auf Anrainer*innen-Parkplätze, Einfahrten, Lieferantenzonen und Schanigärten, zu veranlassen.

Wie im aktuellen Regierungsprogramm der Stadt Wien festgehalten wurde, soll auf eine klimafitte Verbesserung von Oberflächen gesetzt werden. Um die Klimaresilienz Mariahilfs weiter zu erhöhen, sollen bei der Wiederherstellung der Oberfläche nach Großbaustellen (wie etwa beim U-Bahnausbau) oder infrastrukturellen Verbesserungen und Sanierungsarbeiten diese klimafit gemacht werden. Damit soll die Aufenthaltsqualität erhöht, urbane Hitzeinseln reduziert, das Mikroklima verbessert werden und für sichere, komfortable und umweltfreundliche Mobilität gesorgt sein.

Überwachung der Zonen für Anrainerparken

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12.06.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA67) zu ersuchen, die Zonen für Anrainerparken in Mariahilf verstärkt zu kontrollieren.

Begründung

Bürger*innen klagen vermehrt darüber, daß in den Zonen für Anrainerparken in Mariahilf zunehmend PKW's mit nicht Wiener Kennzeichen abgestellt werden. Eine verstärkte Kontrolle dieser Zonen könnte eine große Entlastung für die Anrainer*innen bei der Parkplatzfindung bringen.

Elisabeth KATTINGER

Jan LIEWEHR

Ewa KIRCHDORFER-MURCZKIEWICZ